



Antrag

der Fraktionen von FDP, SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und SSW

Grenzkontrollen beenden

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bekennt sich zu der im Schengener Abkommen vereinbarten Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union. Er stellt fest, dass das Abkommen zur Abschaffung der Grenzkontrollen zwischen den Mitgliedstaaten eine große Errungenschaft der europäischen Zusammenarbeit ist. Vorübergehend wiedereingeführte Kontrollen darf es nur in Ausnahmefällen geben. Der Landtag sieht keine Notwendigkeit für die weiterhin bestehenden Kontrollen Dänemarks an der deutsch-dänischen Grenze. Sie widersprechen der gemeinsamen Idee eines offenen und freien Europas. Darüber hinaus behindern sie die gewachsene und für beide Seiten wichtige Kooperation zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark. Sie haben nicht nur negative Auswirkungen auf den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt, sondern auch auf Studierende sowie Schülerinnen und Schüler, den Grenzhandel und Familien, die auf beiden Seiten der Grenze verteilt leben. Zudem wird die Kulturarbeit der Minderheiten durch die ständigen Kontrollen behindert.

Der Landtag spricht sich deshalb mit Nachdruck für ein Ende der Kontrollen aus.

Der Landtag bittet die Landesregierung, sich ebenfalls für ein Ende der Grenzkontrollen sowie eine Rückkehr zum europäischen Normalzustand einzusetzen und dafür alle vorhandenen Gesprächskanäle auf nationaler und europäischer Ebene zu nutzen. Der Landtag bittet darüber hinaus insbesondere auch die Bundesregierung, hierüber mit der dänischen Regierung in einen Dialog einzutreten. Des Weiteren bittet der Landtag die Landesregierung, die besondere Bedeutung einer offenen deutsch-dänischen Grenze für die nationalen Minderheiten in der Grenzregion anzuerkennen und sie als Expertinnen und Experten des Grenzlandes in den Dialog zur Lösung der Situation miteinzubeziehen. Des Weiteren ist zu gewährleisten, dass ein ständiger grenzüberschreitender Gesprächskanal zwischen der schleswig-holsteinischen Landesregierung und der dänischen Regierung besteht,

um ein enges und vorausschauendes Abstimmungsmanagement in der Grenzregion
– auch angesichts sehr kurzfristiger Lageveränderungen – sicherzustellen.

Christopher Vogt
und Fraktion

Birte Pauls
und Fraktion

Rasmus Vöge
und Fraktion

Eka von Kalben
und Fraktion

Jette Waldinger-Thiering
und Fraktion